

INHALT

1. Innenminister legt Entwurf für Reform des Kommunalen Finanzausgleichs vor
2. Heftige Kritik an Aussagen des Ministerpräsidenten zu Justiz und Gefahrengebieten
3. CDU-Fraktion gegen von Bayern gefordertes Moratorium beim Netzausbau
4. Hochwasseropfer in Lauenburg warten seit acht Monaten auf Hilfe!
5. „Der echte Norden“ - Debatte spaltet norddeutsche Bundesländer
6. CDU-Fraktion zu Besuch im Geburtshaus Kiel
7. Fraktionsarbeitsgruppe Sport zu Besuch in Pinneberg
8. Zu Besuch bei der deutschen Minderheit in Dänemark

07.02.2014

Innenminister legt Entwurf für Reform des Kommunalen Finanzausgleichs vor CDU-Fraktion fordert Neustart

Die CDU-Fraktion hat den heute (07. Februar 2014) von Innenminister Andreas Breitner vorgelegten Entwurf für eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs als „verfassungswidrig“ zurückgewiesen. Nach der heutigen Klausurtagung des Fraktionsarbeitskreises „Innen und Recht“ wurde ein Antrag (Link siehe unten) für die kommende Landtagssitzung mit dem Ziel gestellt, die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs komplett neu zu starten:

„Vor Beginn der Gesetzesberatungen muss selbstverständlich der kommunale Finanzierungsbedarf festgestellt werden. Das hat der Innenminister versäumt. Die Berechnungen sind völlig intransparent. Der Gesetzentwurf des Innenministers ist deshalb verfassungswidrig“, begründete CDU-Innenexpertin Petra Nicolaisen den Antrag.

CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen nahm Bezug auf die hektischen Nachbesserungen der vergangenen Wochen. Diese hätten das Vorhaben lediglich teurer, nicht jedoch gerechter und transparenter gemacht. Er forderte Ministerpräsident Torsten Albig auf, das von ihm selbst formulierte Kriterium der Transparenz durchzusetzen.

„Stattdessen hat er Innenminister Breitner aufgrund der sprudelnden Steuereinnahmen einfach ein paar Millionen mehr gegeben, um die Proteste abzumildern. Auf welcher Grundlage der dieses Geld verteilt, ist jedoch nicht mehr im Ansatz nachvollziehbar. Das ist keine Politik, das ist Basar“, so Callsen.

Bereits in den Vortagen hatte es einen heftigen Schlagabtausch gegeben. So hatte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner in einer Pressemitteilung (Link siehe unten) dem KPV-Landesvorsitzenden Ingbert Liebing vorgeworfen, mit Falschbehauptungen „Unfrieden“ zu schüren.

Stegners Argumentation wurde von CDU-Finanzexperte Tobias Koch und der Innenpolitikerin Petra Nicolaisen unter Nennung detaillierter Fakten allerdings umgehend widerlegt. Beispielsweise hatte Stegner behauptet, SPD, Grüne und SSW würden das Versprechen von Ministerpräsident Albig erfüllen und den 120-Mio.-Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich ausgleichen. Mit den Zuschüssen für Kinderbetreuung und die Erhöhung der Grunderwerbssteuer sei die finanzielle Basis der Kommunen bereits deutlich erhöht worden.

Koch konterte: „Die fortgesetzte Kürzung der Verbundgrundlage des kommunalen Finanzausgleichs um 120 Millionen Euro ist auf Seite 13 des Einzelplans 11 im Haushalt 2014 eindeutig dokumentiert. Nach dem Entwurf für das neue Finanzausgleichsgesetz wird der Abzug von 120 Millionen Euro in den Verbundsatz eingerechnet und somit dauerhaft strukturell zementiert.“

Zum Entwurf des Innenministers:

http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/KommunalesSport/KommunaleFinanzen/Finanzausgleich/gesetzentwurfFAG_blob=publicationFile.pdf

Zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/14-02-06FAG.pdf>

Zur Pressemitteilung von Tobias Koch und Petra Nicolaisen:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-02-06_Tobias_Koch_4109.html

Zur Pressemitteilung von Ralf Stegner:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2014-02/06/15-07-02-3c04/PI-UvOXBjwE-spd.pdf>

Heftige Kritik an Aussagen des Ministerpräsidenten zu Justiz und Gefahrengeländen Grüne und SSW gehen öffentlich auf Distanz zu Albigs Forderungen

In dieser Woche gab es heftige Reaktionen auf zwei umstrittene Äußerungen von Ministerpräsident Torsten Albig im Rahmen einer Veranstaltung mit 300 Führungskräften der Polizei in Altenholz.

So hatte Albig offenbar ungeprüft Vorwürfe aufgegriffen, die an ihn herangetragen wurden. Es hieß, die Staatsanwaltschaft habe zwei Jahre lang nichts gegen einen Täter unternommen, der einen Beamten im Einsatz fast zu Tode gewürgt habe. Albig bezeichnete so etwas als „nicht akzeptabel“ und sagte zu, dies gegenüber den Staatsanwaltschaften klarzustellen. Die Lübecker Staatsanwaltschaft sah sich daraufhin zur Richtigstellung veranlasst. Nach 14 Monate langen Ermittlungen werde in Kürze Anklage erhoben, der Beamte sei etwa 20 Sekunden in den Schwitzkasten genommen worden. Die lange Ermittlungsdauer sei ein begründeter Einzelfall.

Koalitionsinternen Krach gab es um eine Aussage Albigs, nötigenfalls „Gefahrengelände“ nach Hamburger Vorbild einzurichten. Allerdings hatte er sich nicht über die in Schleswig-Holstein bereits existierende - von Hamburg etwas abweichende - gesetzliche Regelung informiert gezeigt. Grüne und SSW wiesen Albigs Forderungen umgehend zurück. Am nächsten Tag stellte ein Regierungssprecher die Aussage des Ministerpräsidenten als „dessen Standpunkt“ dar.

"Wenn der Regierungssprecher eine politische Aussage des Ministerpräsidenten als dessen Standpunkt darstellen muss, dann ist das ein politischer Offenbarungseid. Ein Regierungschef informiert sich erst, und redet dann. Bei Herrn Albig ist es andersrum", kommentierte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

CDU-Fraktion gegen von Bayern gefordertes Moratorium beim Netzausbau Fraktionschef Callsen fordert Vertragstreue

Angesichts des von Bayern in dieser Woche überraschend geforderten Moratoriums beim Stromtrassenbau hat CDU-Fraktionschef Johannes Callsen von Ministerpräsident Horst Seehofer Vertragstreue eingefordert.

„Bayern hat der Energiewende zugestimmt. Dabei geht es um ein zeitlich, räumlich und technisch eng aufeinander abgestimmtes Milliardenprojekt“, sagte Callsen gegenüber der Nachrichtenagentur dpa.

Die Netzbetreiber Tennet und TransnetBW hatten am Mittwoch erstmals ihre Pläne für Deutschlands größtes Stromnetzprojekt präsentiert. Die wichtigste Trasse „SüdLink“ soll Windstrom von Schleswig-Holstein über Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen nach Bayern transportieren. So soll der Strombedarf gedeckt werden, der durch das Abschalten der bayrischen Kernkraftwerke entsteht. Die Stromautobahn ist 800 Kilometer lang und soll bis zum Jahr 2022 fertig gestellt sein. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hatte in dieser Woche überraschend gefordert, die Planungen zu verschieben.

Callsen dazu: „Wir reden nicht über eine Weißwurstproduktion, die man nach Lust und Laune drosseln und wieder hochfahren kann. Ohne die Höchstspannungsleitungen bleibt Bayern die Wahl, den Bayerischen Wald und die Alpen mit Windstromanlagen zu pflastern, die Donau-Ebene als Stausee für Wasserkraftwerke zu fluten oder Atomstrom aus Tschechien zu beziehen. Das kann niemand wollen.“



Fraktionschef Johannes Callsen

Hochwasseropfer in Lauenburg warten seit acht Monaten auf Hilfe! Besonders Besitzer denkmalgeschützter Gebäude betroffen

Auch knapp acht Monate nach der Elbüberflutung in Lauenburg können viele Betroffene Ansprüche auf Schadensersatz noch nicht in voller Höhe geltend machen. Die Landesregierung hatte damals schnelle Hilfe für die Flutopfer zugesichert.

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Peter Sönnichsen, hat mit Unverständnis auf Medienberichte über die Situation im südlichen Teil Schleswig-Holsteins reagiert. Denn vor allem seien Besitzer von Häusern betroffen, die unter Denkmalschutz stehen. Aufgrund schleppender Bearbeitung ihrer Anträge durch die Denkmalschutzbehörde könnten sie wichtige Sanierungsarbeiten an ihren Häusern bisher nicht ausführen.

„Frau Spoorendonks Denkmalschützer haben mit der Inventarisierung von 16.000 zusätzlichen Kulturdenkmälern offensichtlich so viel zu tun, dass sie sich um die Probleme der Menschen nicht mehr kümmern können. Hilfe für Flutopfer muss aber wichtiger sein, als Denkmalschutz für 70-er-Jahre-Betonbauten“, erklärte Sönnichsen und verweist mit diesem Kommentar auf das Ahrensburger Rathaus. Dieses rund 40 Jahre alte Gebäude beschäftigte die Denkmalschutzbehörde in den vergangenen Wochen besonders. Trotz des Protestes auch vieler Bürger – dem unter anderem RTL-Nord einen langen Beitrag widmete (Link siehe unten) wird es unter Denkmalschutz gestellt.

Die Notwendigkeit des Denkmalschutzes für die Häuser am Lauenburger Elbufer steht laut Sönnichsen außer Frage. Gerade deswegen sei der unglaubliche Vorgang ein weiterer Beleg dafür, dass SPD, Grüne und SSW beim Denkmalschutz auf dem völlig falschen Weg seien.

„Wer Denkmäler bewohnt, sie pflegt und in ihnen arbeitet, dessen Anträge müssen zügig bearbeitet werden. Wenn das nicht mehr passiert, dann wird bald niemand mehr dazu bereit sein, denkmalgeschütztes Eigentum zu erwerben oder zu übernehmen“, so Sönnichsen.

Link zum RTL-Beitrag:

<http://rtl.nord.de/nachrichten/umstrittene-entscheidung.html>

„Der echte Norden“ - Debatte spaltet norddeutsche Bundesländer Landesregierung gerät weiter unter Druck

In die Debatte um die neue Dachmarke für Schleswig-Holstein haben sich in dieser Woche auch die norddeutschen Nachbarländer Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern eingeschaltet. Vor allem die Aussage von Wirtschaftsminister Meyer, Niedersachsen sei aufgrund seiner Berge kein echter Norden, sorgte für Unmut in Hannover.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, kritisierte vor allem die horrenden Kosten für diese Kampagne: "90.000 Euro hat die Entwicklung des Logos angeblich gekostet. Es kann nicht sein, dass an die Agentur Boy, die viel für die SPD arbeitet, immer wieder neu gezahlt wird für eine Kampagne, die bereits der Vorgängerregierung vorgelegt worden ist - und von ihr verworfen wurde.

Nicht allein der Werbespruch ist umstritten, sondern auch das Logo, welches ein Nesselblatt und einen Löwen abbildet. Diese beiden Motive wurden bereits dem vorherigen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen vorgeschlagen, der sich gegen das Motiv aussprach.

Die CDU-Fraktion hat anlässlich dieser Streitpunkte bereits drei kleine Anfragen an die Landesregierung gestellt. Zusätzlich wird das Thema bei der kommenden Landtagsitzung diskutiert werden.

Link zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Hans-Jörn Arp:
http://www.cdu.ltsh.de/media/arp_zuege_echter_norden.pdf

Link zur zweiten Kleinen Anfrage des Abgeordneten Hans-Jörn Arp:
http://www.cdu.ltsh.de/media/arp_echter_norden.pdf

CDU-Fraktion zu Besuch im Geburtshaus Kiel **Wahlfreiheit für Geburtsorte muss bestehen bleiben**

Der Fraktionsarbeitskreis Soziales der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Oberbürgermeisterkandidat der Stadt Kiel, Stefan Kruber, besuchten am vergangenen Donnerstag (06. Februar 2014) die Hebammen des Geburtshauses Kiel, um über die aktuelle prekäre Situation zu sprechen.

„Erst Eckernförde, dann Sylt und vielleicht als nächstes Kiel. In immer mehr Städten und Regionen erklären die Hebammen, dass sie sich ihren Beruf und vor allem die Geburtshilfe nicht mehr leisten können. Das darf nicht sein. Wir brauchen auch weiterhin echte Wahlfreiheit über den Geburtsort. Das Hebammenwesen in Schleswig-Holstein darf nicht untergehen!“, so die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann.

Freiberufliche Hebammen, wie im Geburtshaus Kiel, stehen aufgrund steigender Versicherungsprämien und einem vergleichsweise geringen Verdienst unter zunehmendem Druck. Die nächste Erhöhung der Versicherungsprämie auf über 5.000 Euro/Jahr steht bereits für Juli 2014 an. Das führt dazu, dass auch die Hebammen des Kieler Geburtshauses um ihre Zukunft fürchten müssen, da die steigenden Haftpflichtbeiträge nicht mehr aus eigener Kraft erwirtschaftet werden können.

„Wir brauchen eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung für werdende Eltern überall - auch im ländlichen Raum. Wenn jetzt auch noch kleine Geburtsorte wegfallen, dann ist die wohnortnahe Versorgung von Schwangeren in Zukunft noch schwieriger als ohnehin schon“, führt der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karsten Jasper, weiter aus. „Wir werden unser Anliegen daher auch in Berlin vortragen, in der Hoffnung dort etwas für unsere Hebammen tun zu können.“



Katja Rathje-Hoffmann und Heike Franzen zu Besuch im Geburtshaus Kiel

Fraktionsarbeitsgruppe Sport zu Besuch in Pinneberg

Ehrenamtliche Tätigkeit darf durch den Mindestlohn nicht gefährdet werden

Die Pinneberger Landtagsabgeordnete Barbara Ostmeier, sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, besuchte gemeinsam mit ihrem Kollegen Peter Lehnert den Kreissportverband Pinneberg (KSV), sowie den VfL Pinneberg, Elmshorner MTV und SV Blau-Weiß Schenefeld.

Hauptgesprächsthema dieses Treffens waren die Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns für die Vereine. „Es stellt sich für uns die Frage, ob unsere Übungsleiter und Trainer dann Arbeitnehmer im Sinne des Mindestlohngesetzes sind, wenn wir uns als Kooperationspartner im Ganztagsbetrieb in Schulen engagieren“, so der langjährige Geschäftsführer des KSV Karsten Tiedemann. Übungsleiter in Sportvereinen erhalten eine Entschädigung, für die sie keine Steuern zahlen müssen – sofern diese den Betrag von 2.400 Euro jährlich nicht überschreiten.

„Der Mindestlohn darf die Übungsleiter im Sport nicht treffen“, so der Vorsitzende des KSV, Sönke-Peter Hansen. Dies könnten sich unsere Sportvereine überhaupt nicht leisten. Zwar sei im Koalitionsvertrag festgehalten, dass der Mindestlohn nicht für ehrenamtliche Tätigkeiten gelten solle, doch ob Übungsleiter dazu zählten sei nicht definiert.

„Für diese Tätigkeit wird doch kein Lohn gezahlt, sondern dies entspricht eher einer Anerkennung für die vielfältigen Aufgaben im gemeinnützigen Bereich. Deshalb muss bei der konkreten gesetzlichen Ausgestaltung des schwarz-roten Koalitionsvertrages auf Bundesebene darauf geachtet werden, dass die ehrenamtlichen Tätigkeiten im Sportbereich nicht durch das neue Mindestlohngesetz negativ beeinträchtigt werden“, forderte die Sportexpertin abschließend.



Barbara Ostmeier und Peter Lehnert im Gespräch mit Mitglieder des Kreissportverbandes Pinneberg und den Geschäftsführern von Sportvereinen, sowie Kerstin Seyfert, CDU-Kreistagsfraktion Pinneberg

Zu Besuch bei der deutschen Minderheit in Dänemark

CDU-Abgeordnete nehmen an Nordschleswig-Gremium teil

Einmal im Halbjahr kommt das Nordschleswig-Gremium zusammen, um sich über aktuelle Belange der deutschen Minderheit nördlich der Grenze zu informieren und gemeinsam mit den Minderheitenvertretern nach Lösungen zu suchen.

Die erste Sitzung des neuen Jahres fand – unter Leitung von Landtagspräsident Klaus Schlie –

am Mittwoch im „Haus Quickborn“ im dänischen Kollund - unweit der Grenze statt. Für die CDU nahmen an der Sitzung Fraktionschef Johannes Callsen, die minderheitenpolitische Sprecherin Astrid Damerow und die Bundestagsabgeordnete Sabine Sütterlin-Waack teil.

Auf der Tagesordnung stand die finanzielle Situation der Minderheitsinstitutionen. Nachdem das Land mit der Minderheit vor rund einem Jahr einen Vertrag geschlossen hatte, in dem die Zuwendungen für die kommenden Jahre festgeschrieben sind, wollen die Abgeordneten sich nun dafür einsetzen, dass eine ähnliche Regelung auch auf Bundesebene getroffen wird. Dadurch soll die deutsche Minderheit eine bessere Planungssicherheit erhalten.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de